



EINE SERIE VON CHRISTA BLÜMEL UND GERALD SCHWAIGER

Bürokratie: den Schikanen auf der Spur

Ein Zuständiger für den Müll, einer für den Brandschutz, einer für Gefahrgut – Vorschriften kosten die steirische Wirtschaft Millionen!



Für alles muss es Verantwortliche geben, einen etwa für die richtige Mülltrennung

Fotos: Christof Birbaumer, Christian Jauschowitz

Das BeauftragtenUNwesen

Weniger Bürokratie, Verwaltungsvereinfachung: Vor Wahlen sind die Programme der Parteien voll mit noblen Versprechungen wie diesen. Doch eingehalten werden sie in den seltensten Fällen. Sonst würden die heimischen Unternehmen nämlich nicht unter einer nie dagewesenen Flut an Gesetzen und Handlungsanweisungen stöhnen – meist durchgewunken von Brüsseler EU-Bürokraten. Jüngstes Beispiel: die „Pommes-Verordnung“ zum gesetzlich vorgegebenen Frittieren, die auf gleich 20 Seiten ausgewälzt ist. Sie

Kammerpräsident Herk ärgert „110.000 Regeln für unser tägliches Miteinander“.

scheint aus einer Küche zu stammen, wo zu viele EU-Köche den Brei verderben. „Stolze 110.000 nationale und europäische Vorschriften gelten derzeit in unserem Land. Das muss man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen: 110.000 Regeln für unser tägliches Miteinander!“, ärgert sich der steirische Wirtschaftskammer-Präsident Josef Herk. 1200 davon betreffen al-

lein den Arbeitnehmerschutz. Dass man da leicht den Durch- und Überblick verlieren kann, verwundert kaum. Während große Firmen angesichts dieser Vielzahl an Bestimmungen eigene Stabstellen einrichten müssen, haben kleine und mittlere Betriebe solche Ressourcen freilich nicht. Ein Musterbeispiel für die alles reglementierende Bürokratie in unserem Staat ist auch das sogenannte Beauftragtenwesen – oder wie Herk es nennt: BeauftragtenUNwesen.

Die EU und ihre Regelungen – etwa zum Bräunungsgrad von Pommes. ☺

Im Rahmen dessen hat der Gesetzgeber nämlich mehr als 100 Einsatzgebiete definiert und diese den Unternehmern aufgebürdet. Da gibt's etwa den Explosionsschutzbeauftragten, den Abfallbeauftragten, einen Immissionschutzbeauftragten, einen Brandschutzbeauftragten, die Elektrofachkraft, den Gefahrgutbeauftragten, einen Gewässerschutzbeauftragten, einen Störfallbeauftragten, einen Strahlenschutzbeauftragten usw. Die Betriebe müssen dafür speziell geschultes Personal zur Verfügung stellen.

Unterm Stich kostet das allein die steirische Wirtschaft jährlich mehr als 150 (!) Millionen Euro, wie das Institut für Wirtschaftsforschung und Standortentwicklung errechnet hat. „Geld, das bei Zukunftsausgaben fehlt“, wie Josef Herk kritisiert. Da läuft doch etwas falsch, oder?

